



Mehr als 390 ehemalige europäische Minister, Botschafter und hochrangige Beamte fordern die Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel angesichts der systematischen Verletzungen der Menschenrechte der Palästinenser durch Israel

15. April 2026

Keine Atempause für Palästina: Während die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf andere Regionen gerichtet ist, hat Israel unter dem Deckmantel illegaler Militäroperationen gegen den Iran und den Libanon die Unterwerfung der Palästinenser im Gazastreifen und im Westjordanland, einschließlich Ostjerusalem, vorangetrieben, indem **es seine illegale Besatzungspolitik noch verstärkt hat**. Seit dem 7. Oktober 2023 wurden mehr als 73.000 Palästinenser getötet, darunter 700 in den letzten sechs Monaten seit dem sogenannten „Waffenstillstand“ im Gazastreifen. Die Annexion palästinensischen Landes durch von der IDF geschützte Siedlerterroristen schreitet zügig voran, wobei weitere Landraubaktionen geplant sind. Dazu gehört der zentrale E1-Korridor, der das Westjordanland teilt, wo die Ausschreibung von 3.400 Gebäuden durch die israelische Regierung unmittelbar bevorsteht. Israel handelt weiterhin **völlig straffrei und untergräbt damit die Zwei-Staaten-Lösung und einen zukünftigen palästinensischen Staat, dessen Existenz von 157 UN-Mitgliedstaaten anerkannt wird**. Dieses Muster illegalen Verhaltens wiederholt sich in Israels wahllosen und unverhältnismäßigen Angriffen auf **den Libanon**, die zum Verlust von über 2000 Menschenleben sowie zu weitreichender Vertreibung und Zerstörung geführt haben.

Unterdessen werden die bedrängten palästinensischen Bewohner des Gazastreifens aufgrund anhaltender Zugangsbeschränkungen einer angemessenen humanitären Hilfe beraubt, wobei die UNRWA und internationale Nichtregierungsorganisationen daran gehindert werden, dringend benötigte Hilfsgüter und Dienstleistungen gemäß ihren operativen Mandaten bereitzustellen. Gleichzeitig gerät der höchst umstrittene, von den USA angeführte „Board of Peace“-Plan für den Gazastreifen ins Stocken und versagt sogar dabei, die israelischen Militärangriffe auf Palästinenser im Gazastreifen einzudämmen. Als wäre all dies nicht schon schlimm genug, hat Israel kürzlich ein Gesetz verabschiedet, das die Todesstrafe für Palästinenser vorsieht, die wegen terroristischer Straftaten angeklagt werden, wobei jüdische Israelis de jure davon ausgenommen sind. Diese abscheuliche Gesetzgebung erinnert an einen Apartheidstaat, der ohne rechtliche Beschränkungen handelt.

Die Achtung des Völkerrechts ist von größter Bedeutung: Unsere EU-Verträge legen fest, dass das Handeln der EU auf internationaler Ebene von der Förderung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, der Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Achtung der Menschenwürde sowie den Grundsätzen der Vereinten Nationen und des Völkerrechts geleitet sein soll. Die derzeitige israelische Regierung verstößt gegen diese zentralen EU-Grundsätze in Bezug auf die Palästinenser, für deren Wohlergehen sie als Besatzungsmacht rechtlich und moralisch verantwortlich bleibt. Vor allem stellt dieses Verhalten einen Verstoß gegen Artikel 2 des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel dar, der vorsieht, dass **„die Beziehungen zwischen den Vertragsparteien [...] auf der Achtung der Menschenrechte und der demokratischen Grundsätze beruhen [...]“**. Diese Bestimmung ist ein wesentlicher Bestandteil des Assoziierungsabkommens, und ihre Einhaltung obliegt beiden Vertragsparteien.

Maßnahmen der EU sind längst überfällig: Das Versagen der EU, sowohl im Juli als auch im September 2025 auch nur ein bescheidenes Maßnahmenpaket gegen das Vorgehen Israels im Gazastreifen zu verabschieden – **das derzeit vor dem Internationalen Gerichtshof als möglicher Völkermord verhandelt wird** –, wird international als Anwendung **doppelter Standards** durch die EU wahrgenommen. Partner haben festgestellt, dass zwar Russland zu Recht sanktioniert wird, als Reaktion auf das Vorgehen der israelischen Regierung in Palästina und darüber hinaus jedoch keine Maßnahmen ergriffen werden. Unterdessen sind die Palästinenser weiterhin anhaltenden Angriffen einer israelischen Regierung ausgesetzt, die entschlossen ist, sie zu marginalisieren und ihr Leben unerträglich zu machen, mit dem letztendlichen Ziel, **sie aus ihrem Land zu vertreiben**. Es ist inakzeptabel, dass die EU, während die Menschenrechte der Palästinenser und das Völkerrecht systematisch verletzt werden, gespalten am Rande steht, ohne den Einfluss auszuüben, den sie ausüben sollte. Daher **fordern wir die Staats- und Regierungschefs der EU-27 sowie die EU-Institutionen**

auf: (i) Maßnahmen zur vollständigen oder teilweisen Aussetzung des Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Israel einzuleiten; (ii) den Handel mit illegalen Siedlungen zu verbieten; (iii) den Handel mit Militärgütern mit Israel einzustellen; (iv) die Beteiligung Israels an EU-Programmen auszusetzen; (v) die Liste der sanktionierten Personen und Visumsverbote auf alle Personen auszuweiten, die an der Unterdrückung der Palästinenser und Verstößen gegen das Völkerrecht beteiligt sind; und (vi) eine Reihe von Menschenrechtskriterien festzulegen, anhand derer das künftige Verhalten Israels überwacht werden kann. Die Nichteinhaltung dieser Kriterien sollte zur Verhängung zusätzlicher EU-Sanktionen gegen die israelische Regierung führen.

Angesichts der dramatischen Krise im Nahen Osten und der weitreichenden Verstöße Israels gegen das Völkerrecht ist es unerlässlich, dass die EU handelt und Israel zur Rechenschaft zieht. Dieses Vorgehen sollte ein Eckpfeiler der neuen EU-Strategie für die Region sein, die auf den Grundwerten der Union basiert.

Erklärung, unterzeichnet am 15. April 2026 von **394** ehemaligen europäischen Ministern, Botschaftern und hochrangigen Beamten. Link zu: [Liste der Unterzeichner](#)

Übersetzungslinks:

[DE](#) [DK](#) [EN](#) [ES](#) [FR](#) [GR](#) [IT](#) [NL](#) [AR](#) [HE](#)